

Niederschrift SOZ/008/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 25.05.2022

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Johannes-Michael Bögge	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat

Frau Sophia van Es

Sachkundige Einwohnerin f.
Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Margret Borkmann	FDP	Vertretung für Herrn Jörg Lewinski
Frau Emine Dursun	SPD	Vertretung für Herrn Okba Aljasem (bis 17:15 Uhr - Top 11)
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Frau Melanie Ehrhardt (bis 19:35 Uhr - Top 14)
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Frau Birgit Marji	UWG	Vertretung für Frau Ute Ehrenberg
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch
Herr Lars Wever	SPD	Vertretung für Herrn Hans-Hermann Kwiecinski

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Lena Ellenberger		Sozialplanerin
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Sozialdezernat
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Gedicke		Koordinatorin Seniorenarbeit (bis 17:45 Uhr - Top 7)
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Ute Ehrenberg	UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger

Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Okba Aljasem	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
-------------------	---

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/007/2022 über die öffentliche Sitzung am 17.03.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Die neue Koordinatorin für die Seniorenarbeit, Frau Gedicke, stellt sich vor.

Flüchtlinge aus der Ukraine

Zum Lagebild der Ukraine informiert Herr Gausmann über die aktuellen Zahlen (**Anlage 1**).

Er berichtet, dass keine Wohnung mehr zur Verfügung stehe und die erste Sammelunterkunft (Gartenstraße Nr. 40) zum 10. Mai 2022 in Betrieb genommen worden sei. Von den 83 Plätzen seien 75 bereits belegt und 2 Plätze würden für Notwohnungen vorgehalten. In der mobilen Containeranlage am Helenenweg sei die Erstbelegung für den 1. Oktober 2022 geplant. Die erste Turnhalle (VHS) sei als Sammelunterkunft vorbereitet, jedoch fehle noch der Sicherheitsdienst. Weitere Turnhallen seien in der Planung.

Es sei kein Kita-Platz mehr vorhanden. Das Land erteile weder eine Sondergenehmigung noch habe es die Deckelung (25 Plätze zzgl. max. 2 Überbelegungsplätze ohne Inklusion) auf. Zudem würden die personellen Ressourcen fehlen.

Die Schulen seien ebenfalls voll, und es fehle das Personal, um die Kinder in die OGS aufnehmen zu können. Zudem gebe es vom Land dafür kein Geld.

Über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) würden 21 Personen aus der Ukraine zum 30. Mai 2022 und weitere 80 zum 1. Juli 2022 einen Sprachkurs beginnen können.

Aufgrund der genannten Problematiken, der Zuweisungs-Erfüllungsquote von 129,26 %, den Belastungen der Mitarbeiter(innen) und ehrenamtlichen Helfer(innen) sei verwaltungsintern ent-

schieden worden, dass die ankommenden Flüchtlinge aus der Ukraine in die Erstaufnahmeeinrichtung nach Bochum geschickt würden. Dort erfolge die Verteilung nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssels. Es gebe Kommunen im Kreis, deren Erfüllungsquote bei 70 % oder weniger liege. Für außerhalb der Dienstzeit ankommende Flüchtlinge gebe es bis zum nächsten Werktag eine Sonderregelung.

Frau Lücke fragt, ob unabhängig von dieser Regelung ein Familiennachzug und besondere Einzelfälle möglich seien. Zudem bezieht sie sich auf die Kritik zur Telefonhotline aus der letzten Sitzung und fragt nach dem aktuellen Stand.

Frau Overesch erkundigt sich, ob die mehr als erfüllte Zuweisungsquote in den Gremien und vor allem in den Gruppen der Ehrenamtlichen kommuniziert worden sei.

Frau Gaasbeek bittet zum Thema „Überbelegung“ um die Anzahl der aufgenommenen Ortskräfte aus Afghanistan.

Herr Gausmann erklärt, dass es neben der Zuweisungsquote aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz die Zuweisungsquote aus der Wohnsitzauflage für afghanische Flüchtlinge mit einem Soll von 400 Personen gebe. Diese werde sich ab dem 1. Januar 2023 um ca. 150 Personen verschärfen, wenn die angerechneten knapp 400 Plätze der ZUE wegfallen würden. Es würden auch Personen aus Afghanistan außerhalb dieser Quote zugewiesen.

Frau Gehrke ergänzt, dass zuletzt vor ungefähr 2 Wochen ca. 20 Personen zugewiesen worden seien. Die Zahl liege um die 30 Personen *[Stand: 30. Juni 2022 = 26 Personen]*.

Auf die Frage von Frau Lücke antwortet Herr Gausmann, dass es Ausnahmen gebe, die im Einzelfall geprüft würden.

Was die Fragestellung der Zuweisungen in die Erstaufnahmeeinrichtung in Bochum betreffe, würden die ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen) am Freitag über einen Rundbrief informiert. Private Unterbringungen würden weiterhin im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes und SGB II behandelt.

Auf die Frage von Herrn Hewing antwortet Herr Gausmann, dass mit dem Ministerium abgeprochen worden sei, die Sprachkurse über das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ abzurechnen.

Frau Gehrke ergänzt, dass durch das große Engagement der gleichen Organisationspersonen, Lehrkräften und Studierenden neben dem Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ die unter Top „Informationen“ dargestellten Zusatzangebote gemacht werden könnten.

Auf die Frage von Frau Lücke erklärt sie, dass die Auslastungen der Hotline vermehrt in den Zeiträumen von 10:00 bis 12:00 und von 14:00 bis 16:00 Uhr erkennbar seien. Die Erreichbarkeitszeiten (montags bis freitags von 09:00 bis 20:00 Uhr) würden vorerst nicht zurückgefahren.

Ihre Kolleginnen und Kollegen würden zunehmend Menschen beraten, die ukrainische Geflüchtete privat beherbergen würden und an ihre Grenzen gekommen seien. Es existiere bereits eine Warteliste, um diese privat untergebrachten Flüchtlinge in städtische Unterkünfte aufzunehmen.

Herr Azevedo fügt hinzu, dass die privaten Unterbringungen nur auf eine bestimmte Zeit möglich seien. Seine Frage, ob daran gedacht worden sei vorzuplanen, habe Frau Gehrke bereits beantwortet.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt erklärt Herr Gausmann, dass es in Deutschland eine Präsensschulpflicht gebe. Im Rahmen der möglichen Ressourcen würden den Kindern Endgeräte zur Verfügung gestellt, um ihnen zusätzlich die Teilnahme an dem vom ukrainischen Staat angebotenen Online-Unterricht zu ermöglichen.

Prävention von Wohnungsnotfällen

Herr Hewing bezieht sich auf die Information „Prävention von Wohnungsnotfällen – Fachstelle Wohnraumsicherung“ und fragt nach einer Kontaktstelle.

Frau Gehrke informiert, dass eine Kontaktaufnahme bereits über die Mitarbeiter(innen) im Treff 100 (Tel.-Nr. 13104) möglich sei. Anfang Juni würden die Kontaktdaten und Erreichbarkeitszeiten über die Presse und der städtischen Internetseite veröffentlicht; die Netzwerke würden ebenfalls informiert.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun teilt mit, dass es einen Arbeitskreis geben werde, der ein Konzept für das bevorstehende interkulturelle Fest erarbeiten solle, welches zusammen mit dem Fest der Begegnung veranstaltet werde.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier gibt an, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung am 30. März 2022 getagt habe. Zu den vorgesehenen barrierefreien Anteilen des geplanten Rathauszentrums II habe der Beirat mehrfach Stellungnahmen abgegeben. Eine Ingenieurin der Stadt habe die barrierefreien Anteile incl. der speziellen „Netten Toilette“ im Beirat vorgestellt.

In 2015 habe der Beirat beschlossen, die Machbarkeit zur barrierefreien Gestaltung der Hünenborg zu prüfen. Da lediglich das untere Segment barrierefrei gestaltet werden könnte und dieses ungefähr 58.000 Euro kosten würde, habe der Beirat einstimmig beschlossen, das Projekt fallen zu lassen.

Um interessierten Menschen, die weder aus einer Organisation noch Selbsthilfegruppe kämen, die Mitgliedschaft im Beirat zu ermöglichen, sei die Geschäftsordnung überarbeitet und im Beirat einstimmig zugestimmt worden. Die Vorlage der überarbeiteten Geschäftsordnung stehe heute zur Abstimmung (Top 14).

Am Donnerstag, dem 5. Mai 2022 habe von 10:30 bis 13:00 Uhr der „Aktionsplan Inklusion“ auf dem Marktplatz stattgefunden. Diesen Protesttag für Menschen mit Behinderung gebe es seit 30 Jahren. Dazu sei mit dem Thema „Mehr Tempo barrierefrei zur Inklusion“ ein Zeitungsartikel erschienen. Es sei eine gelungene Veranstaltung gewesen. Gleichwohl habe er sich einen Nachmittagstermin auf dem Borneplatz erhofft, um mehr fußläufiges Publikum erreichen zu können.

Er habe das 40. Jubiläum des Beirates bereits in der letzten Sitzung erwähnt. Der öffentliche Termin werde am Samstag, dem 20. August 2022 in der Zeit vom 14:00 bis 17:00 Uhr auf dem

Marktplatz stattfinden. Ob ein Auftritt des Gebärdenchors auf der Bühne möglich sein wird, werde noch geklärt. Primär würde der Platz von den Selbsthilfegruppen belegt werden.

Der nichtöffentliche Jubiläumstermin werde am Mittwoch, dem 19. Oktober 2022, in der Zeit von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr mit max. 100 Personen in der Stadthalle stattfinden. Es sei u. a. beabsichtigt, einige Leute der ersten Beiräte, je 1 oder max. 2 Personen pro Fraktion und die Vorsitzende des Sozialausschusses einzuladen. Die schriftliche Einladung erfolge später.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es informiert, dass die letzte Sitzung des Seniorenbeirates am 9. Mai 2022 stattgefunden habe. Es sei über den Stand der Arbeitsgruppe „Einsamkeit im Alter“ berichtet worden. Der Seniorenbeirat habe sich entschlossen, eine Podiumsdiskussion zu organisieren. Einsamkeit sei ein Querschnittsthema, welches folgende Bereiche betreffe: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Wirtschaft, Digitales, Mobilität. In Kooperation mit einem Partner vor Ort sollten im nächsten Schritt fachlich kompetente Gäste für das Podium gesucht werden, die die genannten Bereiche vertreten würden. Ferner sei geplant, sich zu dem Thema an die Lenkungs- und Steuerungsgruppe „Sozialplan Alter“ zu wenden. Der Beirat strebe an, besondere Bauernhöfe für die ältere Generation in Holland sowie eine Seniorenanlage in unserer Partnerstadt Borne zu besuchen. Für den 23. Juni 2022 sei eine Besichtigung des Wohnparks „Aa-Schleife“ in Spelle geplant.

Der Arbeitskreis „Wohnen im Alter“ habe sich getroffen. Er plane, den Bestand und die Planungen der Wohnungsgesellschaften in Rheine für betreutes Wohnen zu erfassen.

In 2016 sei in der Münsterländischen Volkszeitung über das Projekt „Senioren-Wigwam“ des Architekten Theddo Terhorst berichtet worden. Es sollten drei Atrium-Wohnungen angebaut werden. Frau van Es fragt, was aus dem Projekt geworden sei.

Frau Dr. Hovestadt merkt an, dass von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Wohnen“ eine gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vorgesehen sei.

Herr Gausmann werde sich erkundigen, was aus dem Projekt „Senioren-Wigwam“ geworden ist.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge berichtet, dass der Familienbeirat in den letzten Wochen zweimal getagt habe. Schwerpunktthemen seien der Familienbericht und die Überlegungen zur Reaktivierung des Familienpasses gewesen.

Der Familienbeirat werde im Herbst auf den Behinderten- und den Seniorenbeirat zugehen, um gemeinsam über eine intensivere Zusammenarbeit bei sich überschneidenden Themen zu sprechen.

8. Berichterstattung Begegnungszentrum Mitte 51 Vorlage: 184/22

Frau Dr. Hovestadt teilt mit, dass die vor dieser Sitzung geplante Besichtigung zu diesem Tagesordnungspunkt leider ausgefallen ist. Es sei nicht mangels Interesse, sondern vielmehr beruflicher Terminüberschneidungen geschuldet.

Herr Gausmann bietet den Fraktionen an, dass sie an einem Abendtermin im Rahmen ihrer Sommertour die Besichtigung nachholen können [CDU = 29. Juni 2022 / SPD = 12. Juli 2022].

Die Seniorengemeinschaft St. Michael, die auf der Suche nach Räumlichkeiten sei, werde einen Schnuppertag in der Mitte⁵¹ nutzen, um zu prüfen, ob sie nach der Fertigstellung der anderen beiden Bauabschnitte dauerhaft ihre Aktivitäten dorthin verlegen würden. Ebenfalls seien Anfragen des Blindenvereins und des TSC zur Nutzung der neuen Räumlichkeiten eingegangen.

In der letzten Ratssitzung sei die neue Entgeltordnung verabschiedet worden.

Mitte nächsten Jahres würden die notwendigen Beschlüsse für die künftige Trägerstruktur gefasst werden. Der 2. und 3. Bauabschnitt werde ebenfalls im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen.

Die Mitte⁵¹ habe sich als Begegnungszentrum im Dorenkamp etabliert und werde ein Vorzeigeprojekt. Auch im Schotthock würden dauerhafte Räumlichkeiten notwendig, um all die Dienstleistungen einer Kommune dort abbilden zu können.

Frau Homann Eckhardt bittet die Verwaltung, in den jährlichen Berichten die Neuerungen kenntlich zu machen. Sie schlage auch vor, eine Tendenz einzuarbeiten, um z. B. erkennen zu können, welche Gruppen im letzten Jahr dabei waren, welche in diesem Jahr dabei sind und warum diese Änderungen erfolgt sind. Zudem bitte sie, Erklärungen hinzuzufügen, z. B. über den Unterschied zwischen Raumvergabe und Schlüsselverwaltung, was hinter der Netzwerkarbeit im Stadtteil oder den Angeboten der Partizipation steckt, in welchen Größenordnungen bzw. Zeitanteilen sich die Hauptaufgaben/Schwerpunkte auf die einzelnen Aufgabengebiete verteilt. Auch solle die Kooperation mit den Ehrenamtlichen mit in die Liste aufgenommen werden. Da es darum gehe, dass die Mitte⁵¹ evtl. von anderer Stelle weitergeführt werden soll, sei es wichtig zu sehen, womit sie sich den ganzen Tag beschäftigen.

Neben der Anzahl wünsche sie sich eine Liste über die Angebote, die im letzten Jahr mit welcher durchschnittlichen Teilnehmer(innen)zahl stattgefunden haben und welche weggefallen sind; und welche in diesem Jahr neu dazukommen bzw. wieder stattfinden werden. Sie bittet, diese Informationen als Beitrag dem Protokoll oder als Information in der nächsten Sitzung beizufügen.

Des Weiteren bitte sie, die Mitglieder des Sozialausschusses zu den Jahreshauptversammlungen einzuladen. Das Gleiche gelte für die Zusendung von Flyern, um mitzubekommen, welche Veranstaltungen und Angebote die Mitte⁵¹ anbietet.

Frau Gaasbeek regt an, die Anzahl der Dauernutzer mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Herr Gausmann führt aus, dass der Förderzweck zu 50 % erfüllt werde, weil das Stadtteilbüro dort ist, wo Integration und Beratungen stattfinden würden. Die Sprachoffensiven würden dort regelmäßig stattfinden, welches ein Teil der zentralen Nutzung dieser Einrichtung sei. Die dauerhafte Beteiligung von Institutionen mit Migrationshintergrund bleibe das, wenn auch schwierig zu erreichende, Ziel.

Die Flyer würden, wie bislang, über den Verteiler des Sozialausschusses zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung nehme die Anregung gerne auf, sie künftig zu den Hausversammlungen einzuladen.

In dem nächsten Bericht würden die neuen Bestandteile hervorgehoben und die Veränderungen eingearbeitet. Was die Anteile des Hausmanagements, der Hausverwaltung, des Netzwerkbereichs betreffe, würden diese in der nächsten Vorlage nachgereicht.

Um das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ dauerhaft attraktiv, modern und zukunftsorientiert aufstellen zu können seien Personalressourcen erforderlich.

Frau Homann-Eckhardt kommentiert, dass sie sich auch auf eine einfache Angebots- und Nutzerliste der letzten Jahre und diesem Jahr freuen werde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zum Begegnungszentrum Mitte⁵¹ sowie die Ausführungen zum Stadtteilbüro Dorenkamp zur Kenntnis.

**9. Berichterstattung Kommunales Integrationsmanagement KIM
Vorlage: 183/22**

Frau Gehrke erklärt auf die Fragen und Meldungen von Frau Gaasbeek, Frau Lücke und Frau Berkmann, dass das Casemanagement ein Verfahren des Kreises Steinfurt sei. Der Kreis vergebe die Casemanagementstellen nach festgelegten Kriterien. Wie viele Interessensbekundungen dem Kreis für das abgeschlossene Verfahren vorliegen würden und ob für Rheine noch Träger hinzukommen oder Träger wechseln würden, vermöge sie nicht zu beurteilen. Für das Casemanagement würden vornehmlich Sozialarbeiter(innen) und Sozialpädagoginnen und -pädagogen eingesetzt.

Ohne diese Ressource würde die Ankommensberatung wegfallen. In der aktuellen Situation zeige sich die Flexibilität und Bereitschaft aller Träger, die entsprechend der Notwendigkeit im Sinne des Förderprogrammes agieren würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Kommunalen Integrationsmanagement zur Kenntnis.

**10. Bericht über die Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive
Vorlage: 182/22**

Auf die Frage von Frau Meyer erklärt Herr Gausmann, dass die Migranten über individuelle Beratungen in den Stadtteilzentren, die vielen ehrenamtlichen Institutionen oder Mund-zu-Mund-Propaganda von den Sprachoffensiv-Standorten erfahren würden.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive zur Kenntnis.

**11. Sozialbericht: Quantitative Analysen
Vorlage: 179/22**

Herr Gausmann informiert, dass der vorzeitige Maßnahmenbeginn ab dem 17. Mai 2022 mit einer 80-prozentigen Förderung und der erforderlichen Stellenaufstockung von 19,5 auf 39 Stunden für die Aufarbeitung der hochprofessionellen Analysezusammenhänge bis Ende 2024 bewilligt worden sei.

Frau Ellenberger stellt ihre Präsentation (**Anlage 2**) vor und beantwortet die Fragen. Die Anregung von Frau Lücke, bei den stadtteilspezifischen Berechnungen auch Einrichtungen wie Jugendhilfeeinrichtungen, Altenheime etc. in den Analysen zu berücksichtigen, nehme sie mit.

Herr Jüttner-von der Gathen informiert, dass in dem Arbeitskreis Sozialbericht am 7. Juni 2022 über die vertiefenden Analysen durch die Statistikstelle und die kommunikativen Prozesse mit Kooperationspartner(inne)n, Akteure(inne)n und Bürger(inne)n gesprochen werde. In welcher Form die Analysen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollten, werde ebenfalls Thema sein. Die Zielsetzung der Sozialberichterstattung sei letztendlich, Informationen zur Verfügung zu stellen, um die Steuerungen und Handlungsspielräume im kommunalpolitischen Bereich zu qualifizieren und zu verbessern.

Herr Hewing bittet, neben den Daten der „Grundsicherung im Alter“, die Daten der „Grundsicherung bei Erwerbsminderung“ und – bezogen auf die Anfrage der LINKEN – die „Strom- und Gassperren“ aufzunehmen. Er fragt, ob bei den Bedarfsgemeinschaften der verschiedenen Stadtteile ein Vegetationsindex eingearbeitet werden könne und möchte wissen, ob es schon qualitative Interviews gegeben habe, zu welchen Themen und wer befragt worden sei bzw. werde.

Frau Ellenberger antwortet, dass sie die Daten „Grundsicherung bei Erwerbsminderung“ aufnehmen und zu dem Vegetationsindex recherchieren werde. Vier Interviews seien durchgeführt worden: Zu der Lage der Situation von Menschen mit Behinderung, mit Wohnungsnot, mit Migrationshintergrund und von Senioren. Drei weitere Interviews seien geplant, eines z. B. zur Lage des Wohnungsmarktes.

Herr Bögge bittet, die Berichte, z. B. für Menschen mit Farbsehschwächen, barrierefreier zu gestalten.

Frau Ellenberger werde versuchen, den Aspekt durch die Einbringung von Linien, Mustern usw. zu berücksichtigen.

Frau Hohmann-Eckhardt findet es wichtig, die Informationen aus dem Familienbericht, dem Grünflächenbericht und weiteren vorhandenen Berichten miteinander zu koordinieren und ein Gesamtbild zu zeichnen. Durch die Information, dass es in einem Stadtteil viele finanzschwache Menschen gebe, ließen sich Sperrungen der Stromanschlüsse und viele weitere Dinge ablesen.

Mehrheitlich wird sich dafür ausgesprochen, dass es bei der Erstellung des Sozialberichtes bei einem Grundsatzwerk zur Darstellung von unterschiedlichen Zahlenwerken mit Themenschwerpunkten bleiben muss, da dieser sonst nicht fertig wird.

Frau Ellenberger gibt an, dass ihre analysierten Daten auch in anderen Bereichen, wie z. B. in dem Sozialplan Alter und den integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten, einfließen würden.

Zu der Frage von Frau Dr. Hovestadt, ob Indikatoren beim Wohnen für das Thema „Einsamkeit“ erstellt werden könnten, antwortet Frau Ellenberger, dass zu dem Thema ein Fragebogen für den „Sozialplan Alter“ auf den Weg gebracht werde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum aktuellen Stand des Sozialberichtes zur Kenntnis.

12. SGB II - Jahresbericht 2021
Vorlage: 174/22

Herr Gausmann erklärt, dass auf Anregung von Frau Floyd-Wenke die Entwicklung der Klagen in dem Bericht eingearbeitet worden seien. Die Auswirkungen durch den Rechtskreiswechsel der ukrainischen Flüchtlinge vom Asylbewerberleistungsgesetz in den SGB II-Bereich würden im nächsten Bericht sichtbar. Die Bundesregierung sei im Rahmen der Kindergrundsicherung für 2023 aktiv, deren Änderungen ebenfalls Einfluss auf den Bericht nehmen werden.

Obwohl er im Januar 2022 gelesen habe, dass der Kreis Steinfurt bei den Kosten der Unterkunft und der Sozialhilfe im SGB II deutliche Einsparungen habe vornehmen können, sei im März 2022 ein Nachforderungsbescheid des Kreises Steinfurt über 240.000 Euro eingegangen. Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) sei noch nicht bekannt, wie die Mittel des Bundes als Entlastungsmaßnahme der ersten Tranche für das Jahr 2022 den Kommunen zugutekommen werde. Die Stadt Rheine werde in der nächsten HVB-Konferenz ankündigen, beteiligt werden zu wollen, was die Entlastung der KdU für die Kriegsflüchtlinge der Ukraine betreffe. Es könne nicht sein, dass es wie 2020 bei den coronabedingten Hilfen laufe, wo bei den Kommunen nicht ein Euro angekommen sei.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklung und Tendenzen zur Kenntnis.

13. Barrierefreie Mittel - Mittelverwendung 2022
Vorlage: 178/22

Herr Gausmann bestätigt die Bitte von Frau Dr. Hovestadt, in der nächsten Berichterstattung „Barrierefreie Mittel 2023“ eine Übersicht mit den umgesetzten und nicht umgesetzten Maßnahmen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 aufzunehmen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschluss beschließt, dass die für das Jahr 2022 angedachten Maßnahmen umgesetzt werden.

<i>Maßnahmen 2022</i>	<i>Kostenschätzung</i>
1.1 Notruf WC Bustreff	1.470,84 €
1.2 Kloster Bentlage	
a) Eingang	
• Handlauf an der Treppe	500,00 €
• Stufensicherheitsmarkierungen	1.000,00 €
b) Handgriff Refektorium und Calefaktorium	1.600,00 €
c) Aufzüge	14.000,00 €
d) Pflasterung Eingang Gästezimmer Nr. 2 im Torhaus	1.200,00 €

Summe: **19.770,84 €**

2. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Maßnahme „Toilette für alle“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Änderung der Geschäftsordnung des Beirates für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 177/22**

Herr Gausmann merkt an, dass beabsichtigt sei, diese Geschäftsordnung auch in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. In der vorliegenden Geschäftsordnung sind Gendersternchen eingearbeitet worden, die der Bürgermeister moniert habe, da diese nicht durch das amtliche Regelwerk abgedeckt sind. **Die Geschäftsordnung werde diesbezüglich noch geändert.**

Die Ausschussmitglieder widersprechen dem nicht.

Auf die Frage von Frau Lücke informiert Herr Gausmann, dass es für neue Mitglieder die Regaleinführung in das Gremieninformationssystem gebe. Eine individuelle Einführung könnten Mitglieder mit Beeinträchtigung über Frau Wiggers, Frau Raade, Frau Gedicke oder ihn anfragen. Dort können auch andere Fragen, wie z. B. „Wie präsentiere ich mich gut in Gremien?“ oder „Wie kann ich mich einmischen?“, gestellt werden.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beschließt auf Antrag des Beirates für Menschen mit Behinderung (BMB) die Änderung der Geschäftsordnung des BMB, wie im Anhang.
2. Der Sozialausschuss beschließt auf Antrag des BMB die Erhöhung der Mitglieder/ Stellvertreter(innen) des BMB auf 10 Mitglieder + 10 Stellvertreter(innen) während der laufenden kommunalen Legislaturperiode.
3. Der Sozialausschuss beschließt auf Antrag des BMB, dass sowohl Mitglieder als auch Stellvertreter(innen) des BMB Sitzungsgeld erhalten.
4. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Mittel in Höhe von 2.400 € aus dem Budget 2402 Behindertenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Berichterstattung Wohnraum für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 171/22**

Herr Gausmann berichtet zum Punkt 2 der Vorlage, dass es mit dem Wittekindshof Gespräche gegeben habe, der zeitnah auf einem Erbbaugrundstück in Mesum eine Wohnanlage plane. Die Geschoszahl und die Anzahl der zu betreuenden Personen würden passen. Die langfristige Regelbebauung widerspreche sich mit dem B-Plan, so dass in Absprache mit unserer Planungsabteilung ein vereinfachtes Bebauungsendplan-Änderungsverfahren möglich werde.

Frau Berkmann kritisiert das Wort „könnte“ und bittet die Verwaltung, über die Aktivitäten im Sozialausschuss zu berichten.

Einige Ausschussmitglieder fragen, warum nicht alle Beteiligten an den „Runden Tisch Wohnen“ kommen.

Herr Gausmann entgegnet, dass dem „Runden Tisch Wohnen“ alle Träger, den betroffenen Beteiligungen, dem Beirat für Menschen mit Behinderung, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Kreis und der Verwaltung angehören, die sich auch sehr konkret über Konzepte, Standorte und dergleichen auseinandersetzen. Bei einem größeren Teilnehmerkreis wäre dieser nicht mehr arbeitsfähig. Die Initiativgruppe werde eine Plattform für betroffenen Angehörige, die ihre Bedarfe und Bedürfnisse am besten kennen und sich im Prozess einbringen können. Um eine Vernetzung zu dem „Runden Tisch Wohnen“ herzustellen, habe die Verwaltung der Initiativgruppe angeboten, im Rahmen der Ressource diese moderierend zu begleiten und den Rahmen zur Verfügung zu stellen.

Herr Wever schlägt vor, einen Gesandten aus diesem Arbeitskreis in den „Runden Tisch Wohnen“ aufzunehmen, der die erarbeiteten Aspekte mit einbringe. Dem Vorschlag schließt sich Frau Lücke an.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur weiteren Vorgehensweise zum Thema „Wohnraum für Menschen mit Behinderung“ zur Kenntnis.

16. Berichterstattung Sozialplan Alter Vorlage: 172/22

Herr Gausmann nimmt die Anregung von Herrn Hewing mit, dass ein Vertreter des Integrationsrates an der Lenkungs- und Steuerungsgruppe teilnehmen solle.

Frau Floyd-Wenke meint, dass die Mobilität und Altersarmut (Seite 5 der Vorlage) zu gering gewichtet sei. Der 26-seitige Fragebogen überfordere mit der Anzahl der Fragen die Teilnehmenden. Und falls diese sich telefonisch coachen lassen wollten, gebe es ein paar Überstunden in der Verwaltung. Sie fragt, wie vielen Personen dieser zugestellt werde.

Herr Gausmann antwortet, dass 3.000 Personen befragt werden sollten.

Frau Wiggers erklärt, dass dieser Fragebogen ein Entwurf sei und sie eine kleine Arbeitsgruppe gegründet habe, welche sich mit dem Fragebogen auseinandersetze, um ihn zu optimieren. Er soll kürzer, einfacher und bei den Themen Vereinsamung, Digitalisierung und Mobilität qualitativ anders aufgestellt werden. Zudem sei geplant, mit verschiedenen Altersgruppen eine Art Pretest [Marktforschung] durchzuführen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Berichterstattung zum Sozialplan Alter zur Kenntnis.

17. Berichtswesen 2022, Stichtag 31.05.2022, Fachbereich 8, Produktgruppen 81-84 Vorlage: 144/22

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84 mit dem Stand der Daten zum 31.05.2022 zur Kenntnis.

- 18. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2022, Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 173/22**

Herr Gausmann hat keine Anmerkungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Jugendamt – Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2022 zur Kenntnis.

19. Anfragen und Anregungen

Herr Hewing bezieht sich auf die Sitzung des Sozialausschusses am 24. August 2021, in der bekanntgegeben wurde, dass ein Bericht der Arbeitsgruppe „Runder Tisch Pflege“ nicht erfolgen kann, da die Arbeitsgruppe coronabedingt nicht getagt hat. Er fragt, ob diese mittlerweile getagt habe.

Herr Gausmann erklärt, dass dieses personaltechnisch nicht abbildbar gewesen sei. Zum 1. Juni 2022 fange Frau Gedicke in der Seniorenarbeit an, über die der „Runde Tisch Pflege“ organisiert werde.

Herr Gausmann teilt mit, dass er die Sozialausschussvorsitzende, Frau Dr. Hovestadt, und die sozialpolitischen Sprecher(innen) zu einem informellen Austausch bei Kaffee und Kuchen einlade. Er möchte einen Rückblick auf das erste Halbjahr im Sozialausschuss über die bearbeiteten und nichtbearbeiteten Themen geben und besprechen, was im 2. Halbjahr auf der Agenda stehe. Auch würde er gern über die Gleichrangigkeit bei der Arbeit mit den unterschiedlichen Geflüchteten (Ukraine, Afghanistan) diskutieren, um eine gemeinsame Haltung zu entwickeln, damit in Rheine keine Fluchtbewegung zweiter Klasse entstehe. Auf Vorschlag von Frau Dr. Hovestadt werde das Gespräch im Begegnungszentrum Mitte⁵¹ stattfinden [= 5. Juli 2022].

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:01 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin

